

Annoncen-Bureau
Annahme-Bureau
In Posen
außer in der Expedition
bei Gruppi (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Part- u. Kriegsdruckerei;
in Gratz bei Herrn H. Streitlaub;
in Frankfurt a. M.;
C. J. Parke & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 707.

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet pro Jahr 12 Taler, für ganz Preußen 12 Taler 20 Pf.
Abteilungen nehmen eine Postkarte im selben
Preise an.

Amtliches.

Berlin, 8. Oktober. Der lgl. Eisenbahn-Ober-Betriebsinspektor Reitemeyer zu Hannover ist nach Bromberg versetzt und der lgl. Direktion der Ostbahn daselbst als Hilfsarbeiter zugestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Schwerin, 8. Oktober. Guten Vernehmen nach steht der Besuch des Kaisers Wilhelm am großherzoglichen Hofe in Ludwigslust in der Zeit vom 21. bis 24. d. M. bevor.

Wien, 8. Oktober. Die "Wiener Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil, daß der Kaiser den Grafen Wrba auf dessen Ansuchen von der Leitung der Generalintendant des Hoftheaters entbunden und ihm das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen hat. Mit der Leitung der Generalintendant ist der Hofrat bei dem obersten Reichsgerichtshofe, Edler v. Salzmann-Bienenfels, provisorisch betraut worden.

Bern, 8. Oktober. Der französische Delegirte zu dem hier versammelten internationalen Postkongress hat heute die Erklärung abgegeben, daß Frankreich zwar darauf beharren müsse, der Postunion nicht sofort beizutreten, sich aber einen etwaigen künftigen Anschluß an die Union vorbehalte.

Der Postionsvertrag ist bei der heutigen Generalabstimmung durch die Delegirten aller beim Kongreß vertretenen Staaten, mit alleiniger Ausnahme Frankreichs, angenommen worden. Der französische Delegirte hält sich zur Unterzeichnung des Vertrages vor erfolgter Sanktionierung desselben durch die souveräne Nationalversammlung nicht für ermächtigt.

Rom, 8. Oktober. Die "Liberta" meldet, daß der päpstliche Kammerer Theodoli vorgestern in Trisulti bei Frosinone von Briganten aufgehoben worden ist. Dieselben verlangen ein Lösegeld von 150.000 Franken. Die Gendarmerie ist mit der Verfolzung der Räuber beschäftigt.

London, 8. Oktober. Der "Times" wird aus Wien vom 7. d. telegraphisch gemeldet, daß Österreich der türkischen Regierung die Bejegung bestreitet, den österreichisch-türkischen Handelsvertrag vor dem Jahre 1890 aufzuheben.

Glasgow, 8. Oktober. Bei dem gestern hier abgehaltenen protestantischen Meeting beantragte Begg die erste Resolution und begründete dieselbe in längerer Ausführung. Der Antragsteller hob besonders hervor, die Durchführung des von dem Ultramontanismus vertretenen Grundsatzes, daß jeder Katholik alle Interessen des öffentlichen Lebens den Gesichtspunkten der römischen Kirche unbedingt unterzuordnen habe, würde zu einer Verstörung aller politischen Freiheiten führen, da Rom keine Toleranz kenne. Durch eine ruhige Reformation sei dies System niedergeworfen und sei es eine patriotische Pflicht, diese Errungenchaft den Nachkommen unversehrt zu erhalten. Der Redner führte ferner aus, der Krieg des Jahres 1870 sei unzweckhaft in der Absicht begonnen, den Protestantismus, und zwar gerade in seiner stärksten kontinentalen Feste, in Deutschland zu erdrücken. Letzteres habe aber den Sinn davongetragen. Der Batsian verfolge jetzt das Ziel seine frühere Machtstellung wiederzugewinnen und sei es vorauszusehen, daß der Versuch gemacht werden würde, die päpstliche Souveränität mit Wassergewalt wiederanzurichten, sobald die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich und vielleicht selbst in Spanien gelungen sein würde. Von Deutschland und Italien würde dieser Versuch wahrscheinlich bekämpft werden, was zu einem europäischen Kriege führen würde. Der Redner schloß mit der Aufforderung, die Schotten und Engländer möglicherweise der Invasion römischer Gründächer auf das Evangelische entgegentreten. — Die zweite Resolution wurde von Newdegate begründet. Derselbe gab seiner höchsten Bewunderung für die Weisheit des deutschen Kaisers Ausdruck und ließ den großen Talenten des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke, "des Fürsten der Strategen" volle Anerkennung zu Theil werden. Newdegate forderte dann die versammelten Schotten und Engländer auf, ihre im Parlamente vereinigten Vertreter zu einem praktischen Ausdruck der Sympathien des britischen Volkes mit Deutschland im Interesse der Unabhängigkeit Großbritanniens zu veranlassen, um die Einheitlichkeit der Politik der beiden großen Reiche gegenüber dem Ultramontanismus zu sichern. Die Rede wurde mit launigem Beifall aufgenommen. — Die Redner, welche die folgenden Propositionen begründeten, sprachen sich in ähnlichem Sinne wie die beiden ersten Redner aus.

Washington, 7. Oktober. Ein Regiment Infanterie ist nach dem Süden abgegangen.

Buenos-Ayres, 8. Oktober. Die Regierung hat bei der Kammer einen Kredit von 10 Millionen Frs. zur Bestreitung der Kriegskosten beantragt. — Zwischen den Regierungstruppen und den Insurgenten hat vor der Stadt ein unbedeutendes Treffen stattgefunden, in welchem erste geschlagen wurden und sich zurückzogen. Guten Vernehmen nach stehen die Oberbefehlshaber der beiderseitigen Parteien wegen gütlicher Beilegung der Streitigkeiten in Unterhandlung.

Zur Affaire Arnim.

Die Affaire Arnim beschäftigt unausgesetzt die gesamte Presse des In- und Auslandes. Während von offiziöser Seite auf das Bestimmteste versichert wird, daß es sich nicht um Privatbriefe, sondern um offizielle Urteile handele, welche Graf Arnim aus den Postfach-Archiven mit sich genommen habe und herauszugeben

sich weigere, wird von Seiten der Freunde des Grafen Arnim nach wie vor die Version aufrecht erhalten, daß derselbe sich wohl habe für befugt erachten können, die betreffenden Papiere als sein Privateigentum zu betrachten. Der "Bors. Ztg." wird mitgetheilt, "daß gestern (7.) Vormittag dem Gefangenen eine Unterredung mit seinem Sohne und seinem hiesigen Geschäftsführer bewilligt wurde, in deren Verlauf er, wie er schon dem Untersuchungsrichter gegenüber gehabt, sich energisch gegen die Insinuation verwarnte, als habe er aus den von ihm zurückbehaltenen Papiere etwas veröffentlicht oder zur Veröffentlichung bestimmt. Zudem versicherte er, daß keinerlei Staatsgeheimnisse darin enthalten seien." Die "Köl. Ztg." theilt über die Papiere Folgendes mit:

„Als der Nachfolger des Grafen Arnim auf dem Botschafterposten in Paris, Fürst Hohenlohe, sich in seiner neuen Lage orientieren und namentlich über Deutschlands Politik in der römischen Frage unterrichten wollte, reisten sich weniger als vierzehn Nummern, die im Verzeichniß standen. Als er auf der Kanzlei nach dem Verbleib jener Papiere fragte, erhielt er die Antwort, man wisse nichts darüber; vielleicht habe Graf Arnim sie mitgenommen. Unter auswärtiges Amt wandte sich also an den Grafen Arnim, und dieser gestand, diese Papiere zu besitzen. Da er ja zuvor Gesandter in Rom gewesen war, mochten ihn diese Aktenstücke besonders interessieren, aber es war doch fest, daß er schon damals gegen die verlangte Auslieferung den Einwand erhob, er sahe diese Schriftstücke als Privatbriefe an. Man widerlegte diese Ansicht nachdrücklich von Berlin aus, und Graf Arnim schickte denn auch, wenn wir nicht irren, von Karlbad aus, die vierzehn Depeschen in Bezug auf die römische Frage ein. Inzwischen hielt man auf der Gesandtschaft in Rom, mißtrauisch gemacht, nähere Nachsuchung, und fand, es fehlten nicht weniger als andere fünfundfünfzig Schriftstücke. Graf Arnim, aufs Neue interpelliert, ertheilte die Antwort, er besitze siebzehn von den angegebenen Dokumenten, betrachte sie aber als Privatbriefe, er brauche sie, um sich gegen etwaige Angriffe zu verteidigen und selbst um zivilrechtliche Ansprüche zu begründen, er werde sie also nicht herausgeben. Wo die übrigen Aktenstücke geblieben wären, wisse er nicht. Es mag sein, daß einzelne von jenen 55 Depeschen, namentlich unwichtigen, verloren gegangen sind. Den Grafen Arnim soll sich nicht durch Ordnungssiebe auszeichnen. Es waren in der angegebenen Zahl aber sehr wichtige Dokumente, ausführliche Instruktionen des Reichskanzlers, die er mit Bewilligung des Kaisers aufgesetzt hatte. Eins der Aktenstücke hatte einen Umfang von vier bis fünf Bogen. Als öffentliche Aktenstücke dokumentirten sie sich schon meistens durch die Form und die laufende Geschäftsnr. An das spürlose Verschwinden von 38 dieser Aktenstücke will das auswärtige Amt nicht glauben. Jedenfalls behauptet es sein Recht auf die 17 Aktenstücke, in denen Besitz sich zu befinden, Graf Arnim einräumt, wenn er auch vor der Haussuchung erklärte, er habe sie nicht bei sich. Was die zivilrechtlichen Ansprüche betrifft, von denen die „Kreuzig.“ in mystischer Weise redet, so beziehen sie sich auf Arnims Ernennung zum Botschafter in Konstantinopel und die damals festgesetzten Gehaltsbestimmungen, aus denen er Ansprüche herleiten zu können meint. Der Schreiben, die sich auf diesen Gegenstand beziehen, sind vier bis fünf und das auswärtige Amt hat auf die Herausgabe der übrigen Dokumente an das berliner Stadtgericht wande. Der Fürst Bismarck sah sich genötigt, sich an die Gerichte zu wenden, da Graf Arnim schließlich erklärte, das auswärtige Amt gehe ihm gar nichts mehr an, was freilich ein Irrthum ist, da er als nur zur Disposition gestellter Beamter noch der Disziplinargewalt seiner vorgesetzten Behörde untersteht. Das auswärtige Amt hat alle Dokumente spezifirt und den Inhalt derselben, so weit es angeht, angeführt und bei dem Gerichte nicht auf die Verhaftung des Grafen Arnim angewiesen, sondern bloß auf die Auslieferung jener Dokumente, die es als sein Eigentum in Anspruch nimmt. Die dem Gericht vorliegende Streitfrage dreht sich offenbar darum, ob die betreffenden Aktenstücke als vertrauliche Privatschreiben anzusehen sind, wie sie zwischen einem Minister und seinen Gefunden häufig vorkommen, oder als öffentliche Dokumente. Das berliner Stadtgericht muß offenbar wenigstens einige dieser Dokumente als Staatsgeheimthum ansehen, denn sonst würde es ja nicht zur Haussuchung gebracht sein, und die Verhaftung, möchten wir glauben, ist als gelegentlich vorgeschriebene Zwangsmittel anzusehen, um die Herausgabe der Urkunden zu bewirken.“

Hierzu bemerkt die "Nat.-Ztg.":

Diese anscheinend von einer zum Auswärtigen Amt in Beziehung stehenden Person der "Köl. Ztg." mitgetheilte Darstellung wird wohl im Wesentlichen richtig und genau sein. — Die Rathskammer des berliner Stadtgerichts hat übrigens nach Beendigung des Strafverfahrens schon am 5. auf Grund des ermittelten Thatbestandes die Einleitung einer förmlichen Voruntersuchung beschlossen; sie hat darauf am 6. das durch ärztliche Gutachten unterstützte Schluß des Grafen Arnim um Entlassung aus der Untersuchungshaft abgelehnt. Das Märchen, Graf Arnim sei, wie etwa ein dem allmächtigen Premierminister feindseliger Rival zur Zeit Ludwigs XIII. oder XIV., auf Grund einer „Lettre de cachet“ seiner Familie entrissen und in die berliner Bastille, genannt Stadtvoigtei, geworfen worden, damit er hochwichtige Staatsgeheimnisse nicht verrate, ist doch zu albern, um irgendwo Glauben zu finden. Noch alberner aber ist es, wenn in einem wiener Blatte vom Grafen Arnim als einem Pendant zu dem „Mann mit der eisernen Maske“ gesprochen wird; wer dieser Unlückliche gewesen ist, ist bis heute noch nicht festgestellt; Graf Arnim's Name war am Tage nach seiner Verhaftung in Jedermanns Mund und seine Sache wird im ordentlichen Verfahren zu Berlin geführt, wo es nach dem bekannten Sprichwort „Richter giebt.“ Der Sache des Grafen Arnim wird nicht bei seinen Richtern, wohl aber in der öffentlichen Meinung durch die provokante Sprache jener Blätter gedacht, die sich als seine Freunde aufzuwerfen während sie doch nun die Feinde des deutschen Reiches und seines Kanzlers sind.

Der "Deutsch. N.-Korr." entnehmen wir noch Folgendes:

Die Haft des Grafen Arnim dauert inzwischen immer noch an, und man glaubt schwerlich, daß das Entlassungsgesuch beim Kammergericht eine andere Entscheidung hervorbringen werde, als beim Stadtgericht. Unsere Vermuthung, daß von den Schriftstücken Abschriften vorhanden seien, bestätigt sich, wie wir hören, wenigstens in Bezug auf einige; sie sollen dem Stadtgericht vorgelegen haben, als daßselbe das Entlassungsgesuch des Grafen urückwies. Lebriens hören wir, daß selbst der Rechtsbeistand des Grafen, Rechtsanwalt Münnel, seinem Klienten den Rath erhebt haben soll, die Schriftstücke herauszugeben. Der Graf soll ihm jedoch erwiedert haben, daß es nunmehr, nachdem die Sache auf die Spitze getrieben sei, Ehrensache für ihn

Z. 1874. Nr. 9. Ztg. die inhaltsgeschulte Zeile über gegen
König, Reichstag verhältnisse höher, und an die
Gesetzten zu richten und werden für ein folgender
Tag Morgens 8 Uhr erscheinende Ausgabe des Ztg.
Kiel mitteilt angekündigt.

1874.

Freitag, 9. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

Verhandlungen
Z. 1874. Nr. 9. Ztg. die inhaltsgeschulte Zeile über gegen
König, Reichstag verhältnisse höher, und an die
Gesetzten zu richten und werden für ein folgender
Tag Morgens 8 Uhr erscheinende Ausgabe des Ztg.
Kiel mitteilt angekündigt.

sei, on der einmal ausgesprochenen Weigerung festzuhalten, so lange, bis ein richtlicher Spruch ihm das auferlege.

Auch die genannte Korrespondenz bringt den Grafen Arnim mit der Broschüre „Die Revolution von oben“ in Verbindung. Als Verfasser wird, wie bereits gemeldet, der frühere Berliner Offiziere Dr. Lang genannt, welcher jetzt in's ultramontane Lager übergegangen ist. Möglicher Weise hat aber der Deserteur auch seine jetzigen Bundesgenossen verrathen. Wenigstens klingt die Vermuthung, daß durch ihn der Inhalt der erwähnten Broschüre in Bismarcks Hände gekommen sei, nicht ganz unglaublich.

Über den Verbleib der Schriften des Paters Augustin Theiner schreibt ein Korrespondent der "N. Fr. Pr." folgende interessante Mittheilungen aus Benediz:

Theiner war vollkommen auf seinen Tod gefaßt und ordnete demnach seine Papiere, daß sie nach seinem Hinscheiden nicht in die unrichtigen Hände geriet. Noch im vorigen Winter, als ich mit ihm sprach, sagte er mir, er hätte einen Theil seiner wichtiger Manuskripte an Monsignore Borsack in Rom, einen anderen Theil aber an die südländische Akademie in Agram verschickt und wünschte nur noch die Alten des tridentinischen Konzils zu veröffentlichen, um dann ruhig zu sterben. In dieser Absicht kam er im Juni 1. J. nach Agram, schrieb daselbst für dieses Werk eine drei Bogen starke, höchst interessante und lehrreiche Vorrede und trat mit der dortigen nationalen Akademie in Verbindung, worauf sofort die Drucklegung des Werkes begann. Von der Vorrede und von ungefähr 40 Druckbogen der "Acta" beforstete er noch persönlich die Super-Revision, übergab dann die ganze Führung an Monsignore Borsack und kehrte nach Italien zurück, obgleich ihm die Aerzte diesen Schritt wegen der um diese Jahreszeit in Rom herrschenden Höhe entschieden widerrieten. Er ließ es sich aber nicht ausreden, und so erreichte ihn wirklich der Tod. In Rom erzählte er mir, daß er von der schönen Ausgabe seiner "Acta" ganz entzückt sei, indem er so etwas in Agram niemals erwartete. Schon früher hätte er Monsignore Borsack beauftragt, im Falle der Tod ihn überraschen sollte, für die Herausgabe seiner Schriften Sorge zu tragen. Als ich ihm hierauf ängstlich befragte, ob diese Manuskripte auch wohl verwahrt wären, antwortete er: Alles sei gut geborgen, und nichts könne davon verloren gehen. Aus dieser wahrheitsgetreuen Darstellung mögen Sie mit voller Beruhigung entnehmen, daß sich seine nachlassenden Schriften gegenwärtig keineswegs bei dem Erzbischofe von Olmitz befinden, und in Folge dessen kein Grund zur Besorgniß mehr vorhanden ist, daß diese nach seinem Tode in bedenkliche Hände gerathen und ihrer späteren Veröffentlichung entzogen werden könnten."

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 8. Oktober. Die Nachricht, daß die vermittegte Königin von Baiern im Begriff stehe, zur katholischen Kirche überzutreten, wird nun in der glaubhaften Form von allen Seiten bestätigt. Es ist aber durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, daß der hiesige Hof von der Absicht der Königin Marie, aus der protestantischen Kirche auszusteigen, überrascht worden sei. Man wußte das hier schon seit längerer Zeit, auch hatten die aus Baiern herübergekommenen Nachrichten keinen Zweifel übrig gelassen, daß der beabsichtigte Schritt schon in nächster Zeit zur Ausführung gebracht werden würde. — Die Vorarbeiten für das Auscheiden der Stadt Berlin und ihrer näheren Umgebung aus dem Verbande der Provinz Brandenburg schreiten vor. Es hat heute beim Minister des Innern eine vorläufige Berathung der Angelegenheit stattgefunden, zu welcher der Oberpräsident von Jagow, der Polizeipräsident von Madai und der Oberbürgermeister Hobrecht hinzugezogen sind. — Die Postverwaltung ist stets bemüht, ihren Angestellten, namentlich den Unterbeamten Erleichterungen in ihrem Auskommen zu verschaffen. Es soll jetzt den Landbriefsträgern die Möglichkeit geboten werden, sich billiges Schuhwerk zu erwerben. Es ist mit einem Lederhändler ein Vertrag abgeschlossen worden, den Landbriefsträgern zu ermöglichen Preisen Leder zu ihrem Schuhwerk zu liefern. Das Postzeugamt übernimmt die Bestellung auf passende Lederausschnitte und prüft zugleich die Qualität der gelieferten Waren. — So vorläufig auch die submarinen Telegraphen-Kabel gearbeitet sind, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß sie in niedrigem Wasser leicht Beschädigungen erhalten. Obgleich die Uferenden besonders fest hergestellt werden, so ist doch die Macht des Wassers, namentlich bei Brandungen, so stark, daß die Kabel schadhaft werden. Auch Unter, welche von Schiffen ausgeworfen werden, beschädigen öfter die Kabel. So befinden sich immer einige der submarinen Leitungen in Unordnung. Zur Zeit bestehen z. B. Unterbrechungen der Telegraphen-Verbindungen auf den Linien: Orkney-Schottland, Valencia-Nordamerika, Brest-Nordamerika, Hongkong-Amoy, Gothenburg-Newcastle, Gothenburg-Friedericia, Key-West-Havanna, Hongkong-Saigon und Lamia-Livadia.

— Man will wissen, daß das persönliche Erscheinen des Fürsten Bismarck im Prozesse Kullmann für notwendig gehalten wird. Doch soll noch kein definitiver Entschluß darüber gefaßt sein.

— Die seit längerer Zeit schwedenden und in Washington geführten Verhandlungen wegen Abschlusses eines Auswanderungsvertrages mit Amerika sollen hier wieder aufgenommen und zwischen dem zum vortragenden Rath im Reichskanzleramt ernannten bisherigen Generalkonsul Dr. Rösing und Mr. Bankroft Davis fortgesetzt werden.

— Für die Zulassung zum ärztlichen Staatsexamen im ganzen deutschen Reiche soll fortan der Nachweis einer Studienzeit von mindestens 8 Semestern auf einer deutschen Universität und der Nachweis über die bestandene Prüfung in der Physik, Chemie, den beschreibenden Naturwissenschaften, Anatomie und Physiologie erforderlich sein. Im Ubrigen sind Verhandlungen im Gange, um eine

gemeinsame Prüfungs-Ordnung für Ärzte in den gesammten Bundesstaaten festzustellen.

München, 6. Oktober. Neben den bevorstehenden Uebertritt der Königin-Mutter zur katholischen Kirche wird der „Schles. 3.“ von hier geschrieben:

Die Geschichte unseres Hofes ist um einen ihrer seltsamsten Vorgänge reicher geworden. Die Königin-Mutter, Marie von Bayern, Tochter des verstorbenen Prinzen Wilhelm von Preußen und Cousine des deutschen Kaisers, will zur katholischen Kirche übergetreten oder hat dieses vielmehr faktisch, wenn auch nicht formell, schon getan. Vor etwa 8 Tagen brachte das „Vaterland“ eine Anekdote von dem bevorstehenden Uebertritt „einer sehr hohen Dame unseres Hofes zur katholischen Kirche“. Man nahm damals keine Notiz davon, obgleich nur die Königin-Mutter gemeint sein konnte, da man die Sache nicht glaubte und sich namentlich nicht denken konnte, daß dem „Vaterland“ eine solche Mitteilung quer gemacht werden würde. Aber die Sache verhält sich wirklich so. Der König hat die Sache vorgelesen in dem Königszelt auf der Theresienwiese mehreren Anwesenden mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns mitgetheilt. Die beinahe zornige Nachfrage, mit welcher der sonst so kourtoisvoll Monarch zugleich dem anwesenden Edtore und Vertreter der Rundschau, Abbe Talion, begegnet sein soll, würde damit jetzt auch erklärt sein. Bayern wird also jetzt seine erste katholische Königin haben, wenn auch nur in der Stelle einer Königin-Witwe und Königin-Mutter. Die Gemahlin Max Joseph's und Ludwigs I. waren und blieben protestantisch und Maximilian II. wollte als Kronprinz in Göttingen selbst einmal protestantisch werden, was ihm Dahlmann (Siehe dessen Leben von A. Springer) nicht ohne Mühe ausredete. Statt dessen wird jetzt seine Witwe katholisch. — Ueberraschend, wie das Ereignis ist, entbehrt es doch nicht einer längeren Vorgeschichte. Man will schon viel früher beobachtet haben, daß die Königin in dem durch ihre Stellung gebotenen Bestreben, der katholischen Kirche ihre Ehrfurcht zu bezagen, nicht immer das richtige Maß einzuhalten wußte. Schon in Lebenszeiten des Königs Maximilian sollen bei ihr gelegentlich katholischende Neigungen hervorgetreten, von dem Könige aber durchaus nicht begrüßt worden sein. Die gleiche Tendenz war übrigens auch schon bei der Gemahlin Ludwig I. vorhanden, wurde aber von dieser sonst so entwiederten katholischen Fürsten mit beinahe rauer Energie unterdrückt. Den entscheidenden Einfluß endlich bei der Königin Maria soll ihre lebensgefährliche Erkrankung im Jahre 1868 gehabt haben. Während derselben wurde sie von den Niederbronner (grauen) Schwestern gepflegt, welche hier eine Filiale besitzen. Mancherlei andere Einflüsse mögen hinzugekommen sein, um den jetzigen Schritt der hohen Dame zu motivieren, so in specie der Kummer über die Entfernung von ihrem ältesten Sohne und den traurigen geistigen und körperlichen Zustand des Prinzen Otto. Man kann, wie die Sache jetzt einmal liegt, nur wünschen, daß die Königin für ihr bedrücktes Gemüth in dem Schoße der von ihr gewählten Konfession den ersehnten Trost nun auch wirklich finden möge. Politisch hat die Sache direkt gar keine Bedeutung. Die hohe Frau hat niemals den geringsten politischen oder auch nur administrativen Einfluß besessen und wenn sie früher nach einem bitteren Bemühten der beteiligten Kreise nicht im Stande war, einem protestantischen Vicar zu einer Pfarre zu verhelfen, so wird auch jetzt ihre Konversion die Stellung der Ultramontanen bei Hofe schwerlich verbessern. Zunächst dürfte wohl sogar das Gegenteil eintreten. Der König soll geradezu erbittert sein, man spricht in dieser Beziehung von Aeußerungen und bevorstehenden Schritten, die vorläufig besser unerwähnt bleiben. Ohne allen Nachtheil für die deutsch-nationale Sache in Bayern ist dieses unthankbare deshalb doch nicht. Die ultramontane Presse wird daraus dem Landvolk gegenüber Kapital schlagen, und auch bei der protestantischen Bevölkerung der Hauptstadt wird das Ereignis nicht ohne Wirkung bleiben, zumal die hohne Dame wegen ihrer Wohlthätigkeit persönlich beliebt ist. In dieser Beziehung ist es auch vom Uebel, das gerade eine geborene preußische Prinzessin dieses Beispiel geben mußte. Vor Alem aber dürfte das Ereignis eine Mahnung zur Aufmerksamkeit auf eine gewisse Propaganda an den deutschen protestantischen Höfen enthalten. Es wäre schlimm, wenn, wie vor zweihundert Jahren, die Konversion in der deutschen hohen Aristokratie Modefach würde.

Wie die „Köln. 3.“ mittheilt, wird die Königin wahrscheinlich am 15. Oktober, ihrem Geburtstage, das katholische Glaubensbekenntnis ablegen. Königin Maria wurde 1825 am 15. Oktober geboren, am 12. Oktober 1842 mit König Max, dem damaligen Kronprinzen, verheirathet und ist seit dem 10. März 1861 Wittwe.

Stuttgart, 4. Oktbr. Es ist bekannt, daß man sich in Baden Hoffnung gemacht hatte, den Bischof Hefele von Rottenburg für den erzbischöflichen Stuhl in Freiburg zu gewinnen und durch die Wahl dieser vermittelnden und versöhnlichen Persönlichkeit einem langen Provisorium endlich ein Ziel zu setzen. „Man weiß auch bereits“, schreibt die „Köln. 3.“, „daß die Verhandlungen mit Hefele nun abgebrochen sind, nachdem der Bischof endgültig erklärt hat, die Wahl nicht anzunehmen. Was ihn zu diesem Entschluß bestimmt hat, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt und wird vielleicht auch nicht so bald bekannt werden. Von einer Seite wird verbreitet, Hefele habe erklärt, dem Großherzog von Baden den durch die badischen Kirchengesetze vorgeschriebenen Eid nicht leisten zu können. Eine solche Erklärung hat aber in Hefels Munde sehr wenig Wahrscheinlichkeit und würde, falls sie wirklich abgegeben worden wäre, ohne Zweifel auf eine Weisung Romas zurückzuführen sein. Viel eher ist anzunehmen, daß Hefele seine Aufgabe in seiner Heimat Württemberg, der er mit schwäbischer Anhänglichkeit ergeben ist, noch nicht beendet sieht und nicht gern irgend einem Anderen das Feld überläßt, der vielleicht in Vüde die Wirren ins Land brächte, denen Hefele bisher mit so vieler Geschicklichkeit und neuerdings auch einiger Energie ausgewichen ist. Hefele hat seiner Zeit dem Unschärkeidogma sich unterworfen, um den kirchlichen Frieden dem Lande zu erhalten. Er will das Opfer nicht umsonst gebracht haben.“

Strasburg, 6. Oktober. Vor etwa 14 Tagen ging ein in unserem Nachbarstädtchen Gorzno wohnender Arbeitssmann auf das Feld seines Bruders, um seine dort arbeitende Schwägerin nach Hause zu rufen. Bei diesem Gange kam er dicht an der russischen Grenze vorbei und gewahrte an derselben zwei russische Soldaten. Diese boten dem Arbeitssmann Branntwein an, zu welchem Zwecke er auf das russische Gebiet kommen sollte. Dazu weigerte er sich jedoch und blieb auf preußischer Seite. Nun trat der eine der russischen Soldaten auf preußisches Gebiet über, erfaßte den Preußen und schlepte ihn mit Gewalt auf russisches Gebiet. Dort wurde er von den beiden russischen Soldaten gemäßigt und soll nach Block transportiert worden sein. Dieser Mann ist von preußischen Eltern in Preußen geboren und hat bei seiner Militärschule gelernt. Seine Verwandten haben sofort die nötigen Schritte gethan, um ihn aus den Händen der Russen zu befreien. (Th. D. 3.)

Paris, 6. Oktober. Die Verhaftung des Grafen v. Arnim hat in den offiziellen Kreisen eine gewisse Ruhe erweckt, da Graf Arnim beim Surge des Herrn Thiers die Hauptrolle spielte und man daher bestürchtet, daß bei den Haussuchungen, die stattfanden, Papiere aufgefunden sein könnten, welche auf den 24. Mai 1873 zu be. es Licht werfen. Die hiesigen Blätter geben fast alle ihre Sympathie für den Ex-Botschafter und, den sie, da er „feind Bismarck's und des deutschen Reiches“ sehr hoch halten. Die Meisten drücken sich jedoch sehr gemäßigt aus. Das „Univers“ sagt: „Die Verhaftung des Herrn v. Arnim ist eine ernste Sache, die ohne Zweifel nicht weniger Folgen haben wird, als sie aufsehen gemacht. Schon vor einiger Zeit bezeichneten die Organe des Herrn v. Bismarck ihn als aufrührerisch. Es

scheint, daß der von der Partei der „Kreuzzeitung“ und den Centren unterstützte Herr v. Arnim die Seele einer politischen Bewegung war, deren Tendenz direkt gegen die Absichten des Kanzlers ging. Dieser, davon benachricht, daß Graf Arnim ein Journal gründen wollte, um seine Ideen und die seiner Anhänger zu verbreiten, kam ihm zuvor und befahl die in Rede stehenden Haussuchungen. Was die Verhaftung des Grafen Arnim anbelangt, so ist es zweifelhaft, daß sie aufrecht erhalten wird, aber sie wird ungeachtet dessen ihre Wirkung hervergebracht haben. Hat sich Herr v. Bismarck genau Rechenschaft über die Feindseligkeiten abgelegt, die er weckgerufen? Jedenfalls wird er bald bemerken, daß der, welcher hohes Spiel hält, Gefahr läuft, zu verlieren.“ So das „Univers“, dessen Mittheilungen hier vollen Glauben finden, da dieses Blatt in alle Pläne der Zentrumspartei vollständig eingeweiht ist.

Vier Fünftel der Generalrathswahlen sind jetzt bekannt und veröffentlicht. Der Rest liegt ziemlich vollständig auf dem Ministerium des Innern, ist aber noch nicht publizirt. Nach dem, was die Blätter bringen und nach den Andeutungen über den noch vorhandenen Rückstand gestaltet sich die Sache etwa so: Die Republikaner haben in den Städten eine Anzahl von Sitzen gewonnen, auf dem Lande aber Einbuße erlitten, so zwar, daß sie Alles in Allem genommen etwa 25 Plätze verloren haben. Die Orleanisten, Septennialisten, Conservative oder Gouvernementale, wie man sie denn nennen will, sind in den Städten meist glänzend durchgefallen, auf dem Lande haben sie auch nicht den Erfolg erzielt, welchen sie sich von dem neuen Wahlgesetz versprochen; sie haben eine Anzahl ihrer hervorragenderen Kandidaten plaziert, aber in Summa haben sie eine gewisse Niederlage erlitten. Was ihnen aus den Händen gerissen wurde, ist vielfach den Bonapartisten zu Gute gekommen; diese haben eine merkliche Vermehrung ihres Personals in den Generalräthen zu verzeichnen. Die offiziösen und „konservativen“ Blätter begehen die naive Schlußheit, bei Besprechung der bisherigen Ergebnisse nur zwischen Republikanern einerseits und Conservative andererseits zu unterscheiden; auf diese Weise rechnen sie sämtliche bonapartistischen Kandidaten, welche gesetzt haben, zu den ihrigen. Diese Art, ihre Niederlage zu bemainten, wird aber nicht lange vorhalten, da die bonapartistischen Organe schon jetzt sich über die Fortschritte ihrer Partei sehr freuen zeigen. Die kaiserliche Partei wird nicht erneut aus ihren Fortschritten politische Konsequenzen zu ziehen, die den Orleanisten bald genug unbehaglich werden dürften. Namentlich hiedurch werden die Wahlen vom 4. Oktober wichtige Nachwirkungen haben; um ihre Bedeutung aber ganz übersehen zu können, müssen sie erst vollständig bekannt und gesichtet sein. — Die Verhaftung des Grafen Arnim erregt hier ein begreifliches Aufsehen und wird lebhaft besprochen, bis jetzt aber ohne Parteinahme und anscheinend mit dem bloßen Interesse der Neugier. — Zum Schlusse steht ich Ihnen noch eine Neuierung der „Union“ mit, die ein charakteristisches Licht auf Auffassung der deutschen Zustände durch die hiesigen Ultramontanen wirft. Die „Union“ bleibt natürlich stets und fest dabei, daß Gründen von Herrn v. Bismarck den Herzog Decazes zwingen, den Drénoque abzuberufen. Aber warum, meint sie, widersteht Herr Decazes nicht? „Ein Krieg gegen Frankreich, um dies für seine Abhängigkeit an den heiligen Vater zu bestrafen, wäre von Seiten des Herrn v. Bismarck die größte Tollkühnheit. Die katholische Bevölkerung Deutschlands würde ihm nicht in einen solchen Feldzug folgen, und alles, was in der Welt von christlichen Mut und christlicher Ergebenheit vorhanden ist, würde sich um Frankreich scheren.“ Auch die obengenannte Bevölkerung Deutschlands?

Madrid. Kürzlich meldete ein Telegramm aus Santander, daß demnächst ein für die Carlistas befrachtetes belgisches Schiff aus einem englischen Hafen an der Küste von Biscaya eintreffen solle. Die Landung bei Motrico wird inzwischen von carlistischer Seite durch ein am Mittag des 2. Okt. vertheiltes „Boletín del Senorio“ (Extra-blatt der Oberbehörde) bestätigt, oder wenigstens zu bestätigen versucht. Das Blatt sagt:

„Wir erhalten im Augenblick die nachstehende telegraphische Depesche, deren Verbreitung wir nicht nöthig haben, angelegerlich zu empfehlen:

„Apeitia, 2. Oktober (11 Uhr 12 Minuten früh). Heute bei Tagesanbruch wurden zu Motrico (kleiner Hafenort an der biscaischen Küste, etwa sieben Kilometer nordwestlich von der Eisenbahn des Rio Deva) 16 Landen, 4000 Gewehre und 500,000 Patronen ausgeschiffet.“

Taufendmal Dan! der Vorsehung, welche in solcher Weise über geschriebenen Eid nicht leisten zu können. Eine solche Erklärung hat aber in Hefels Munde sehr wenig Wahrscheinlichkeit und würde, falls sie wirklich abgegeben worden wäre, ohne Zweifel auf eine Weisung Romas zurückzuführen sein. Viel eher ist anzunehmen, daß Hefele seine Aufgabe in seiner Heimat Württemberg, der er mit schwäbischer Anhänglichkeit ergeben ist, noch nicht beendet sieht und nicht gern irgend einem Anderen das Feld überläßt, der vielleicht in Vüde die Wirren ins Land brächte, denen Hefele bisher mit so vieler Geschicklichkeit und neuerdings auch einiger Energie ausgewichen ist. Hefele hat seiner Zeit dem Unschärkeidogma sich unterworfen, um den kirchlichen Frieden dem Lande zu erhalten. Er will das Opfer nicht umsonst gebracht haben.“

Rom, 3. Oktober. Der Justizminister Bigliani will seine Vorlage über die Bibilehe oder, genauer gesagt, über das Verbot, die kirchliche Eheschließung vor der bürgerlichen vorzunehmen, doch nicht, wie es den Anschein hatte, begraben. In einem Rundschreiben hat er neuerdings die Aufmerksamkeit der Präfekten auf diese Frage gerichtet. Er hebt darin hervor, daß nach den ihm zugegangenen Nachrichten schon die bloße Aussicht auf Einführung der Gesetzesvorlage in einigen Theilen des Landes eine günstige Wirkung geübt habe: nicht wenigen bloß kirchlichen Trauungen habe man nachträglich die bürgerliche folgen lassen, und dazu seien die guten Rathschläge eines Theiles der Geistlichkeit von Einfluß gewesen. Ob der Minister damit Recht hat, bleibe dahingestellt. Je schärfster sich der Gegensatz zwischen den weltlichen und kirchlichen Obrigkeitshäusern zugespielt hat, um so mehr ist auch auf Seiten der letzteren der gute Wille geschwunden, selbst die hereditären Ansprüche der ersten zu unterstützen; ja, in den Augen der Heiligen Vorsehung wäre das ein Verath auf der „guten Sache“ — mögen auch die Pfarrkirchen noch so sehr darunter leiden. Nun ist es allerdings nicht zu bezweifeln, daß die Geistlichkeit bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, wo die bürgerliche Trauung auch nach der kirchlichen stattfinden darf, es wohl in den meisten Fällen in der Hand hat, die Brautleute durch ernsthafte Vorstellungen oder durch bloße Auflärung über den Sachverhalt zum Vollzug des bürgerlichen Alters zu veranlassen. Denn von denjenigen, welche der bürgerlichen Trauung ausweichen, thun dies die meisten, weil einer der Kontrahenten oder beide keine Vorstellung von der Wichtigkeit derselben haben, weil sie nicht wissen oder es nicht für Ernst nehmen, daß ihre Ehe ohne sie nur ein Konkubinat ist und daß ihre Kinder vor dem Gesetze nichts als Bastarde sein werden. In einem Lande, wo über die Hälfte der Bewohner nicht lesen kann, lernt man langsamer, weil man erst durch den Schaden klug werden muß, und die Einführung der Bibilehe datirt hier erst vom Jahre 1865, in Rom erst von 1870. In dem erwähn-

ten Rundschreiben will nun der Minister über zwei Punkte nähere Auskunft: 1) wie viele bürgerliche Trauungen nachträglich von Ehepaaren vollzogen worden sind, die bis dahin nur durch kirchliche Trauung verbunden waren; 2) welchen Einfluß darauf die Geistlichen ausgeübt haben. Diese letztere Auskunft möchte nur allerdings sehr schwer zu geben sein und muß sich wohl darauf beschränken, Pastoralröhren oder sonstige öffentliche Akte namhaft zu machen, während die Haupteinwirkung der Geistlichen doch gerade eine private und seelsorgerische gewesen sein würde. In dem Verlaufe seines Schreibens berichtet dann der Minister einen sehr wichtigen Punkt, der bisher viel zu wenig beachtet worden ist. Als die kolossale und erschreckende Anzahl von 120,000 ungültigen, weil lediglich mit kirchlichem Ritus abgeschlossenen Ehen sich herausstellte, da hat jeder den Stein aufgehoben und den Clerus dafür verantwortlich gemacht. Aber man hat nicht gefragt: Was hat denn der Staat gethan, um die Einführung der Bibilehe seinerzeit zu erleichtern? Und wenn man danach gefragt hätte, so würde man nur haben antworten können: Nichts — im Gegenteil, er hat die neue Einrichtung erschwert. Das gesteht jetzt der Minister selbst ein. „Die Ausgabe für Stempelpapier, die oft unbediente Lage der Civilstands-Bureau; die für Landarbeiter meist ungelegene Bureaustunden; die Lässigkeit in der Eledigung der erforderlichen Vorarbeiten; die Beschaffung von Papieren — alles das sind Schwierigkeiten, durch welche die ärmeren Klassen sich veranlaßt sehen, die bürgerliche Eheschließung zu umgehen.“ Nach diesem Pater peccavimus weist der Minister die Präfekten an, allen derartigen Missständen nunmehr so viel wie möglich entgegenzutreten. Ein Wort von Thiers, der eben eine Rundreise durch Oberitalien macht, hat hier ein großes Wohlgefallen erregt. In Turin schickte die französische Kolonie einige Deputierte zu ihm, um ihn zu begrüßen. Thiers nahm Veranlassung, von den guten Beziehungen zwischen Italien und Frankreich zu reden, und drückte die Hoffnung aus, daß dieselben sich noch immer mehr befestigen würden. Da unterbricht ihn Einer: „Ich zweifle daran.“ Thiers, schnell gesetzt, entgegnet: „Ich für meine Person theile Ihre Befürchtungen nicht. Es gibt allerdings in Frankreich eine Partei, welche die Freundschaft mit Italien ungern sieht. Diese Partei, deren Namen ich selten ausspreche, ist die Clerikale. Aber sie ist ohnmächtig und ihre Anstrengungen werden nichts zuwege bringen. Die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes folgt ihr nicht in ihren Thorheiten, sondern ist im Gegenteil den Italienern aufrichtig zugetan.“

Rom, 4. Oktober. Die liberale Presse erwähnt die Frage, ob die Regierung nicht verpflichtet ist, diejenigen katholischen Vereine und Gesellschaften aufzulösen, welche, wie die „Fédération gino“ noch jüngst beim Empfang im Vatikan am 20. Sept. in ihren Adressen und Reden, Wünsche aussprechen, welche auf den Umsturz der Staatsverfassung gerichtet sind. In Bezug hierauf schreibt man der mailändischen „Lombardia“ von hier:

„Die Lösung dieser Frage erscheint so leicht, wird aber, wenn man sich auf den Rechtsboden stellt, so schwer, daß man sich nicht mehr wundert, die Regierung unentschlossen zu sehen. Die katholischen Vereine tragen ihre feindselige Gesinnung gegen die italienische Regierung nur in Gegenwart des Papstes zur Schau, weil sie sich im Vatikan unter dem Schutz des Papstes aufzuhalten scheben. Sie sind in einem Asyl zu fühlen. Befragt man tüchtige Juristen, ob die katholischen Vereine wegen ihrer Adressen an den Papst gerichtlich belangt werden können, so antworten sie: Eben so wenig wie man den Papst wegen seiner Encyclika und der Antworten auf die an ihn gerichteten Abgaben zur Rechenschaft ziehen kann. Es ist daher sehr illogical und verfehlte, der Regierung deshalb Vorwürfe zu machen und zu behaupten, daß unpatriotische Gebahren der katholischen Vereine zulasse. Man könnte dem Ministerium Minghetti eher alles Anderes als Bärlichkeit gegen die katholischen Vereine vorwerfen; denn wenn noch keine strengen Maßregeln gegen sie ergripen worden sind, so hat es seinen Grund nur in dem Umstande, daß jene sich außerhalb des Vatikans stets in den Schranken der Gesetze gehalten haben. Alles ist gegen die italienische Regierung, das in ihnen kost, verprügeln sie in ihren Papstadressen, aber in allen anderen Handlungen beobachten sie die Gesetze aufs Sorgfältigste. Ganz Rom muß ihnen das Zeugnis aussstellen, daß sie in ihren Manifesten und im Verlehr unter einander die schärfsten Ausdrücke zu vermeiden wissen, deren sie sich in ihren Papstadressen bedienen. Wenn sie in jenen die Wendungen anzubringen belieben, womit sie diese ausschütten, so würden sie schon längst aufgelöst sein. Lediglich beschäftigen sich sowohl der Ministerpräsident wie der Minister des Interns mit der Angelegenheit, und wenn sie den Gesetzen entgegenhandeln sollten, werden sie die Wucht derselben auf das Empfänglichste zu fühlen bekommen.“

Lokales und Provinzielles.

Boden, 9. Oktober.

r Weihbischof Janiszewski wurde gestern Abend gegen 8 Uhr unter polizeilicher Begleitung von hier nach Kołomin zurücktransportiert.

— e. Ein Brief des Geistlichen L. Debbecke an Probst Kubeczek wird uns zur Benutzung übergeben. Derselbe polemisiert gegen den „Kuryer Poznań“ in Betreff des geheimen Subdelegirten und stellt im Anschluß an frühere Vorgänge, auch aus der Zeit der ersten Christenverfolgungen die wohlgebrüderliche Behauptung auf, daß der Delegirte und Subdelegirte zum Mindesten den Gläubigen, also auch dem Probst Kubeczek, bekannt sein müssen, was natürlich, da ja sonst jeder Vertrüger sein Possenspiel treiben könnte, wie es die Jesuiten mit Clemens XIV. gemacht, von dem sie zwei falsche Bulle (7. und 29. Jan. 1774) in die Welt gesetzt hätten. Dieser Mithilfung schließen wir die Worte des gelehrtesten katholischen Benediktiner Dom Pitra an, die derselbe zu dem bekannten Verfasser der Papst-Regesten, Dr. Wetterich, bei Gelegenheit eines wissenschaftlichen Besuchs gesprochen. (Siehe den D. Merker vom 3. Okt.) „Es gibt sehr viele Fakta in der Geschichte der Papste, die den Glauben an die Göttlichkeit des Primates zu erschüttern vermögen. Wie? Sollen wir diese noch mehr ans Licht ziehen, als es schon geschehen ist? Sollen wir zu den bekannten auch noch unbekannte hinzufügen, die bisher in glücklicher Verborgenhheit geschlummert haben? Nein, das darf kein katholischer Froscher, dazu trägt er die Jacke nicht in der Hand. Was den Glauben an die Grundlage der (Papst-) Kirche nicht stärkt, das bleibt besser begraben und vergessen.“ Dr. Wetterich setzt seiner historischen Erinnerung die Schlussbemerkung hinzu: „Und ob sie die alten Misselhatten des Papstums noch so ängstlich im vatischen Archiv unter Schloss und Riegel halten: der 18. Juli 1870 hat mehr Licht gebracht als sie alle, und diese Urkunde geht nie verloren.“

— Nach der Installirung des Brotstes Kubeczek in Zions hatte der bisherige Kirchendiener Menck sein Amt niedergelegt. Als er trotzdem aber fortfuhr die Früchte aus dem ihm als Kirchenbeamten gehörigen Garten einzuhäufen, wurde ihm dies vom P. opste verboten.

In Folge dessen wurde Menck gegen Kubczak zugunsten Kubczak verurteilt. Das Kreisgericht in Schrimm wies jedoch den Kläger ab, indem es ausführte, daß der Kirchendiener in Folge der freiwilligen Verzichtsleistung auf sein Amt auch auf die ihm zukommenden Emolumente kein Recht mehr habe.

* Der Allgemeine Männergesangverein wählte in seiner gestrigen Generalversammlung, an welcher nur die wirklichen Sänger teilnehmen durften, zum technischen Dirigenten den Musiklehrer Stiller, zum Stellvertreter desselben Hrn. Sikoff. Eine zweite Generalversammlung, an welcher sämtliche Mitglieder Theil nehmen würden, findet nächsten Donnerstag statt. In derselben wird der Vorstand gewählt, der Etat aufgestellt etc.

* Der Lehrer-Sterbekassenverein für das Großherzogthum Bremen hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, auf welcher ca. 650 Stimmen durch etwa 110 Anwesende vertreten waren. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung durch den Vorsteher des Vereins, den Rector H. E. C. Auf der Tagesordnung stand die Abänderung einiger Paragraphen des Statuts. § 13 Alinea 1 lautete bisher: "Der Austritt aus dem Verein tritt ein, wenn ein Mitglied seines Amtes entsteht wird." Die ordentliche vorjährige Generalversammlung hatte die Streichung dieses Passus beschlossen; das Ministerium dagegen, welchem diese Veränderung zur Bestätigung vorlag, hatte sich mit derselben nicht einverstanden erklärt, will dagegen genehmigt, daß es dem Beschlüsse des Direktoriums des Vereins anheim gegeben werde, diejenigen, ihres Amtes entsetzten Lehrer, welche ihre Beiträge regelmäßig bezahlen, weiter als Vereinsmitglieder anzusehen zu dürfen. Das Direktorium brachte dagegen folgenden Zusatzantrag zu dem übrigen Passus ein, welcher von der Generalversammlung auch angenommen wurde: "Jedoch kann den des Amtes entsetzten Lehrern durch Beschluss des Direktoriums die Mitgliedschaft erhalten bleiben, wenn sie die statutenmäßigen Beiträge pünktlich fortzahlen. Bei einer Scitens des Direktoriums beschlossenen Ausweisung steht es dem Betroffenen noch frei, an die nächste Generalversammlung zu appelliren."

Der § 17 des Statuts war von der vorjährigen Generalversammlung dahin abgeändert worden, daß die Versicherungssumme von 200

auf 250 Thlr. erhöht werden solle. Da sich das Ministerium über die

Zulässigkeit dieser Erhöhung bis jetzt noch nicht äußert hat, so hielt es das Direktorium für nothwendig, daß dieser Beschluss von der Versammlung nochmals gefaßt werde, was auch geschah. - Zu § 20,

welcher des Direktoriums betrifft, beschloß die Versammlung auf Antrag des Direktoriums die Erhöhung derselben von 3000 auf 5000 Thlr.

Hiermit war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

Nachmittags 3 Uhr versammelten sich die Teilnehmer zu einem geselligen Beisammensein im Lambert'schen Garten.

* Diebstähle. Einem Kellner in einem hiesigen Hotel ist am

7. d. M. aus unverclöfener Stube ein schwärzer Rock, sowie eine

schwarze Tuchrose gestohlen worden. - Einem Kaufmann am Wilhelmsplatz wurden zwei silberne Löffel im Gesamtwerthe von

12 Thlr. gestohlen. - Auf dem Gute Eduardsfelde bei

Bremen sind in der vergangenen Nacht mittels Einbruchs 11 Putzhühner

gestohlen worden.

* Gefunkene Wälder. Wir meldeten vor Kurzem, daß auf

einer Dorfwiese in Koszno ein gefunkener Wald entdeckt worden ist.

Der "Kreuzig.", welche diese Nachricht reproduzierte, wird in

Folge dessen von einem Offizier (der sich v. P. zeichnet) folgendes ge-

schrieben: Die gefunkenen Wälder scheinen in der Provinz Bremen nicht

einmal als Offizier zur Schwimmanstalt in Bremen kommandiert, kam ich bei meinen Tauchversuchen sehr bald auf Holz-

stämme im Grunde der Ebina dicht vor der Schwimmanstalt und benutzte daher die wegen schlechten Wetters oft freie Zeit, mit den

Schwimmlehrern diese Stämme, die sich als Eichen erwiesen, aus dem

etwa 3 Meter tiefen Wasser zu heben. Dadurch, daß ich selbst unter dem

Wasser die Stämme mit einer Kette umschlang und sie dann durch eine

über 2 Minuten improvisierte Winde heben ließ, brachte ich über 50 Eichen

von 20-25 M. Länge und über 1 M. Durchmesser an die Oberfläche.

Die Stämme hatten die kleinen Asten verloren und hatten eine dunkle

Färbung, wurden aber bald an der Luft violett. Versuche, dieses

Holz als Massholz zu verwerten, mißlangen, da die Stämme durch

den Einfluss der Luft Risse erhielten und in wenigen Tagen so hart

wurden, daß sie sich nicht mit der Art spalten ließen; in Folge dessen

wurden die Bäume zerstört und als Brennholz gepalstet. Auch Hirsch-

geweih, Pferdeköpfe, Knochen etc. holte ich aus der Ebina heraus, sie

zerstörten aber bald an der Luft. 1859 setzte ich die Versuche fort, je-

doch mit weniger günstiger Erfolge, da die leicht mit Sand bedeckten

Stämme schon alle gehoben waren und die noch liefer liegenden sich

unter dem Wasser sehr schwer umschlingen ließen und die einfachen

Einfüllungen meiner Winde nicht die Kraft hatten, sie zu heben.

* Krotoschin, 6. Oktober. [Obervation für einen Geprerten.]

Der in Koszmin internirte Weihbischof Janiszewski war bereit

vor ungefähr 4 Wochen zum Termin nach Bremen vorgeladen, um sich

wegen mehrfacher Zuwidderhandlungen gegen die Magdeburger zu verant-

worten und hatte zu diesem Zwecke einen achtjährigen Urlaub erhalten.

Die ultramontan-polnische Partei gedachte alsbald diese Gelegenheit

in ihrem Sinne auszubauen. Man wollte dem "geliebten Märtyrer"

die Sympathie der Bevölkerung in möglichst großartiger Weise fund

werden lassen und bereitete mit großem Eifer Alles vor, um die Reise

Janiszewski's nach Bremen zu einem Triumphzug herauszustaffieren. Die

Katholische Kirche in Koszmin wurde mit Kränzen und Girlanden

geschmückt, an weiß gekleidete Jungfrauen fehlte es natürlich auch

nicht; der Rittergutsbesitzer von Graeve in Borek traf schleunigst An-

halt zu einem glänzenden Empfang, ein Gleisches gefüllt von Seiten

der betreffenden unwohnenden polnischen Besitzer auf der weiteren

Tour in Dözig, Schrimm u. s. w. Alles war bereit, auch die Reiter.

Aber wer nicht kam, war der Weihbischof. Man hatte in Bremen

nämlich von allen diesen Veranstaltungen Kenntnis erhalten und kurz

und gut beschlossen, den Termin aufzuhoben und auf einen anderen

Tag zu verlegen, für dessen Geheimhaltung aufs Beste gesorgt war.

Als daher gestern in aller Frühe der Polizei-Inspektor Aug aus

Bremen in Begleitung eines Polizei-Kommissars in Koszmin eintraf,

um den Weihbischof zum Termin nach Bremen abzuholen, hatte in der

That keine Seele in Koszmin davon eine Ahnung und ganz still und

ungesehen fuhr Janiszewski ab.

(B. B.)

kurzer Zeit geschaffenen Leistung Glück wünschen und die Hoffnung beginnen, daß sein Fleiß durch weite Verbreitung des Werkes die verdiente Anerkennung finden werde. Die äußere Ausstattung des Buches ist eine elegante und gesäßige.

* Bleichsucht und Migraine (Kopf-Kolik) Nervosität und Hysterie. Ihre Ursachen, Verhütung und Heilung. 10 Sgr. Verlag in Berlin, Eisenstr. 45. Der Verfasser dieses soeben in der Reihe der Medizinischen Handbücher erschienenen Werkes schildert in gemeinverständlicher und interessanter Weise das Wesen und die wirksame Behandlung dieser Uebel, welche schon so unendlich vi. Familienkreis untergraben und vernichtet haben. Er dringt auf rationelle Pflege und Ausbildung der Kinder von Jugend an, und knüpft an die Darstellung jeder einzelnen Krankheitsart Nachschläge, welche von ersprießlichem Nutzen sein dürften. Seine Befreiungen werden um so mehr zu unterstützen ein, als ein erheblicher Theil unserer Jungfrauen einem dieser gefährlichen Feinde der Gesundheit geradezu in die Arme geführt wird, und einmal davon ergriffen, nur schwierig wieder hergestellt werden kann.

Staats- und Volkswirtschaftschaft.

** Galliment in Augsburg. Nach einer dem "Börs.-Cour." zugehenden Privatdepesche hat die alte und sehr angesehene Bankfirma G. Chr. Bauer in Augsburg ihre Zahlungen eingestellt.

** Wien, 8. Oktbr. Gute Vermehrung nach wird morgen eine Sitzung der Börsenkammer zur Beratung derjenigen Bestimmungen stattfinden, welche für die bietige Börse in Folge der Umwandlung der Thalerwährung und süd. W. in Marktwährung notwendig sind.

** Wien, 8. Oktbr. Die Einnahmen der franz.-öster. Staatsbahn betrugen vom 1. bis 4. Oktober insl. 385,093 fl.

** Wien, 8. Oktbr. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Woche vom 24. bis 30. September 262,031 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 82,078 fl. - Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 15,284 fl. Mindereinnahme 1284 fl. - Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 3302 fl. Mehrereinnahme 312 fl. - Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaisersbergsdorf 921 fl. Mindereinnahme 1245 fl. - Wocheneinnahme der Linie Steindorf-Braunau 149 fl. Mehrereinnahme 242 fl.

** Wien, 8. Oktbr. Wodenausweis der gesamten lombardischen Eisenbahnen vom 24. bis 30. September 1,501,762 fl. gegen 1,448,669 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahrs, mithin Wocheneinnahme 53,093 fl. Bisherige Winder-Einnahme seit 1. Januar 2,144,614 fl.

** Paris, 8. Oktbr. Bankausweis.

Brunnham e.

Portefeuille der Hauptb. u. d. Filialen 32,134,000 Frs.

Laufende Rechn. der Privaten . . . 42,121,000 =

Brunnham e.

Baarvorrath 5,730,000 =

Gesamt-Vorschüsse 9,159,000 =

Notenumlauf 21,187,000 =

Guthaben des Staatschubes 16,458,000 =

Schuld des Staatschubes unverändert.

** Kupons der italienischen Staatschuld. Die "Nazione" in Florenz enthält folgende Mitteilung: "Wir hatten schon Gelegenheit, die Verordnungen bekannt zu machen, die das italienische Gouvernement erlassen hat, um jene Spekulation zu verhindern, welche die Kupons von den Titeln unserer öffentlichen Schuld in das Ausland schafft, um dafür in Gold gezahlt zu bekommen, und zu den wirklichen unter diesen Verordnungen gehört die des 'Affidavit', die darin besticht, daß die fremden Besitzer von Titeln der italienischen Staatschuld gehabt sind, mit den bezüglichen Kupons auch einen Nachweis über die ihnen gehörigen erwähnten Titel zu bringen und dann ihr Ehrenwort oder eine schriftliche Bestätigung zu geben, daß Kupons und Titel keiner italienischen Person gehören, noch eine solche oder irgend ein italienisches Bank- oder Kredit-Institut irgend ein Interesse an diesen Kupons oder Titeln habe. So wissen wir, daß in Frankfurt am Main gegen zwei Personen gerichtlich vorgegangen wurde, weil sich ein solches Ehrenwort als falsch erwiesen hatte und daß in Folge ihrer Appellation gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz, das sie zu einer Gefängnisstrafe verurtheile, die zweite Instanz, nachdem auch sie den Betrug nachgewiesen hatte, die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umwandelte."

** London, 8. Oktbr. Abends. Bankausweis.

Total-Reserve 10,036,222 Bd. St., Abnahme 77,083 Bd. St.

Notenumlauf 27,603,350 = Abnahme 327,155 =

Baarvorrath 22,039,572 = Abnahme 1,050,728 =

Portefeuille 19,286,870 = Abnahme 99,450 =

Guth. d. Priv. 22,380,871 = Abnahme 2,750,263 =

do. d. Staatsch. 4,250,573 = Abnahme 957,460 =

Notenreserve 9,400,805 = Abnahme 711,910 =

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 37% p.C.

Clearinghouse-Umsatz 116 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Zunahme 5 Mill.

** Kopenhagen, 8. Oktbr. Die Nationalbank wird von morgen ab den Diskont für Wechsel in Reichsmünze auf 5-5½ p.C. erhöhen. Der Lombardzinssatz bleibt unverändert.

Vertriebszeit.

* Kassel, 4. Oktober. Der "S. M. B." schreibt man: Am vorien Freitag gegen 7 Uhr Abends ereignete sich auf der Thüringer Bahn zwischen Erfurt und Weimar folgender Vorfall: Eine Dame saß mit drei Kindern in einem Coupé zweiter Klasse des von Eisenach kommenden Schnellzuges. Sie hatte ihren Platz in einer Ecke nächst dem Fenster genommen, die Kinder standen um sie und lauschten ihrer Erzählung. Ein Knabe von 6 Jahren stand zwischen ihr und der Wagnisbür. Da plötzlich - die Mutter erzählte eben, wie Robinson auf die Knie fiel - sließt die Tür auf und starrt vor Entsetzen sieht die Mutter in einem Nu ihr verschwinden! Durch einen gelenden Schrei und einen Schlag wider das Fenster des Wagens gelingt es ihr, die Aufmerksamkeit der Nachbar-Wagen zu erregen, sie war mit ihren Kindern allein im Coupé, und ihr Angst rief, "Halt!" pflanzte sich schnell bis zur Spitze des Zuges fort. Es wird gehalten, und während die Eltern sich um die entsezte Mutter und die beiden anderen kleineren Kinder beschäftigen, gehen andere nebst einigen Schaffnern mit Laternen die Bahn entlang, das Kind zu suchen. Da macht aller Angst der Ruf des kleinen Bären ein Ende: "Mama! Mama!" Er hatte sich aufgemacht und lief dem Zuge nach, ohne zu weinen oder zu schreien, nur durch die Laternen in Schrecken gesetzt, von denen er glaubte, daß sie einem ihm entgegenkommenden Zuge angehören. Wer beschreibt die Wonne der Mutter, als das Kind lebend und, wenn auch heftig blutend, doch augenscheinlich ohne jede schwere Verletzung, ihr in die Arme gelegt wird, ihre Liebessungen lächelnd erwidert, und durch seine anmutige Gebärden und Sprechereien kundthut, er sei nicht wesentlich zu Schaden gekommen. Der Arzt in Weimar konnte bestätigen, daß die Kopfwunden unerheblich seien und gesättigte schon nach einstündigem Aufenthalt die Weiterreise.

* Neuer Marschall Mac Mahon und die Art und Weise, wie

er sich in ländlicher Zurückgeogenheit mit der Jagd ergötzt, weiß der "Daily News" einiges Unterhaltsendes zu erzählen.

Zum Glück für den Präsidenten ist La Forest, der Landst. der Familie, nämlich weit von der nächsten Eisenbahnstation, so daß Stellenjäger ihn nicht leicht belästigen können. Dafür stellen sich indesten Telegrafenboten und Courier aus dem Ministerium des Innern viel häufiger ein, als ihm lieb ist. Der Marschall sucht, wenn irgend möglich, auf der Jagd zu sein, wenn diese langweiligen Geleisen etablieren, und wer ihm da über Stoppeln und Rüben folgen möchte, der müßte gut zu Fuß sein, denn Mac Mahon ist einer von den Leuten, welche

Morgens um 9 Uhr schon mit der Flinte unterwegs sind und Nachmittags um 5 noch unermüdlich weiter knallen, mehrere Stunden, nachdem seine beiden Jagdhunde, sein Adjutant und der Marquis Amelot, sein besserer Nachbar und Jagdgönne, genug des Bergwürgens haben. Er ist ein schweigsamer Jäger und guter Schütze, kennt alle Künste der Nebenhüter von seiner Jugend an und pflegt sie mit der größten Ruhe zusammen. Sollte es sich einmal treffen, daß er fehlt, so macht er seinem Ärger mit einem kräftigen Soldatenstusch Lust. Die Soldatenstucht überwiegt überhaupt in ihm in einem Grade, der alles Andere ausschließt. Politik ist ihm verbaut, und er

